

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 7 · 43. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 5.7.2012

Betraut

119 Stimmen waren erforderlich, am Ende wurden es 134: Der Landtag hat Hannelore Kraft zum zweiten Mal zur Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen gewählt. Am 20. Juni legte sie ihren Amtseid ab.

S. 3

Besprochen

Der Chemiestandort NRW bestimmte die erste Aktuelle Stunde der jungen Legislaturperiode. Auf Antrag der FDP ging es darum, wie es mit der „CO-Pipeline“ zwischen Dormagen und Krefeld weitergeht.

S. 4

Bestellt

Einen Tag nach der Ministerpräsidentin hat Landtagspräsidentin Carina Gödecke die Ministerinnen und Minister vereidigt. Den Ministerien entsprechend hat das Parlament seine Fachausschüsse eingesetzt.

S. 5

Beschlossen

Die Abwicklung der WestLB wird das Land nach jetzigen Berechnungen 1 Milliarde Euro kosten. Nach Anhörung von Sachverständigen bewilligte die Volksvertretung mit der Mehrheit von Rot-Grün das Geld.

S. 6



Aus der Mitte des Plenums Landtag wählt Regierungschefin und bildet seine Ausschüsse

Erst das Parlament, dann die Regierung

Die neue-alte Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen heißt: Hannelore Kraft. Keine Überraschung nach dem eindeutigen Ergebnis der Landtagswahl und dem verabschiedeten rot-grünen Koalitionsvertrag. So können wir diese Zeilen für einen Blick auf das Grundsätzliche hinter dem Wahl-Prozedere der vergangenen Wochen nutzen.

Und das fängt an bei der korrigierenden Klarstellung: „Erst kommt das Parlament und dann die Regierung!“ So hat es die neue Landtagspräsidentin Carina Gödecke jüngst nach ihrer Wahl im Plenum betont. Tatsächlich werden Parlament und Regierung in der Öffentlichkeit allzu schnell miteinander vermengt, spielt die Regierung – nicht zuletzt wegen der großen Medienaufmerksamkeit – sogar scheinbar die erste Geige.

REGIERUNG DURCH DAS VOLK

Dabei sind es nicht die Ministerinnen und Minister, sondern die Abgeordneten, die die Menschen im Land gewählt haben, um sich von ihnen vertreten zu lassen. Nur dadurch ist das Parlament in unserem politischen System legitimiert, eine Regierung zu bestimmen. Um es mit den Worten von Abraham Lincoln zu sagen: Demokratie ist die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk.

Wie bei der Montage von Felgen und Reifen kommt es beim Verhältnis von Parlament und Regierung also stets auf die richtige Reihenfolge an, damit's im Sinne der parlamentarischen Demokratie rund läuft. Hier in Nordrhein-Westfalen dabei von besonderem Symbolwert: Die Ministerpräsidentin respektive der Ministerpräsident müssen selbst Abgeordnete sein. Sie kommen also direkt aus der Mitte des gewählten Parlaments. So verlangt es die NRW-Landesverfassung – übrigens im Gegensatz zu allen anderen 15 Bundesländern. Heißt: Nur wen die Menschen im ersten Schritt bei der Landtagswahl ins Parlament wählen, der hat im zweiten die Chance auf den obersten Kabinettsposten. Ohne Parlament also keine Regierung.

Das gilt nicht nur vor, sondern auch jetzt für die Zeit nach der Wahl der neuen Ministerpräsidentin und der Vereidigung des Kabinetts. Denn eine der Hauptaufgaben des Landtags ist es, die Arbeit der Exekutive zu kontrollieren. Sie ist damit ständig abhängig von der Einschätzung und dem Vertrauen des Parlaments. Das hat nicht zuletzt die Geschichte rund um den von der Regierung vorgelegten Haushalt 2012 gezeigt – wenn auch unter anderen politischen Vorzeichen: Das Parlament stimmte im März gegen den Entwurf, löste sich auf und besiegelte damit automatisch auch das vorzeitige Amtsende des Kabinetts „Kraft I“.

bra



Foto: Schälte

Inhalt

Wahl: Die neue-alte Regierungschefin	3
Wirtschaft: Blick in die Röhre	4
Arbeitsstrukturen: Neue Ministerien und Ausschüsse ...	5
Finanzen: Wer soll das bezahlen?	6
Umwelt: Streit um Kanal-TÜV geht weiter ...	7
Aus den Fraktionen	8-9
Gesetzgebung	10
Porträt: Carina Gödecke (SPD)	11
Impressum	11
Kurz notiert	12

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Die neue-alte Regierungschefin

Landtag wählt Hannelore Kraft erneut zur NRW-Ministerpräsidentin

20. Juni 2012 – Zu Beginn der dritten Plenarsitzung sind die Regierungsbänke noch leer – im Gegensatz zum ansonsten fast restlos gefüllten Plenum. Am Ende ist dann zumindest der Chefinnenplatz besetzt: Der Landtag hat in der dritten Sitzung der 16. Legislaturperiode die SPD-Abgeordnete Hannelore Kraft erneut zur Ministerpräsidentin gewählt. Anders als im Jahr 2010 benötigte sie dazu nur einen Wahlgang. Und sie erhielt 137 Ja-Stimmen, neun Stimmen mehr als die Fraktionen von SPD und GRÜNEN zusammen haben.

Dass die Wahl reibungslos ablaufen würde, daran hatte angesichts der großen Parlamentsmehrheit von Rot-Grün wohl niemand gezweifelt. Und das Ergebnis zeigt: Kraft findet vereinzelt auch Zustimmung außerhalb des eigenen Lagers: 137 Abgeordnete stimmten mit „Ja“, neun Stimmen mehr als SPD und GRÜNE zusammen Sitze im Parlament haben. Daneben gab es 94 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen.

Die Wahl der Ministerpräsidentin ist grundsätzlich geheim. Das schreibt die Landesverfassung vor. So riefen die Schriftführer alle 235 anwesenden Abgeordneten namentlich auf. In Wahlkabinen füllten sie dann ihre Stimmzettel aus. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses und stehendem Applaus von SPD und GRÜNEN gratulierten die Spitzen aller Fraktionen der wiedergewählten Ministerpräsidentin. Am Ende zierten fünf Blumensträuße das Pult der Mülheimer Abgeordneten.

Anschließend vereidigte Landtagspräsident Carina Gödecke die Ministerpräsidentin mit dem ebenfalls in der Verfassung vorgeschriebenen Amtseid: „Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden

von ihm wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“



Kraft dankte den Abgeordneten für das „fantastische Ergebnis“ und versprach, „dass wir bei dem bleiben, was wir in den letzten knapp zwei Jahren hier in diesem Landtag vorangebracht haben: ein starkes Parlament und einen offenen Dialog auch über die einzelnen Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg“.

Nur rund 50 Minuten und zwei Tagesordnungspunkte lang dauerte die Sitzung – ein kurzes, aber grundlegendes Treffen dieser Legislaturperiode: Die Legislative bestellte die ChefIn der Exekutive.

Nach Abschluss der Sitzung gab es einen Empfang für die frisch wiedergewählte Ministerpräsidentin, die Abgeordneten sowie die zahlreichen Ehrengäste. Hierzu zählten Personen des öffentlichen Lebens, von Wirtschaft und Wissenschaft, Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie zahlreiche Mitglieder des Konsularischen Korps, aber auch ehemalige Mitglieder von Regierung und Landtag sowie Familienangehörige, Freunde und Weggefährten der neuen-alten Regierungschefin. *cw*

Landtagspräsidentin Carina Gödecke (r.) vereidigt die neue Ministerpräsidentin nach ihrer Wahl im Plenarsaal.

Foto: Schälte

Blick in die Röhre

CO-Pipeline: FDP wirft Rot-Grün "Verhinderungsgutachten" vor

4. Juli 2012 – Schon seit Jahren tobt ein erbitterter Kampf um die Bayer-Pipeline entlang des Rheins. Heute hat die FDP-Fraktion der rot-grünen Landesregierung in einer Aktuellen Stunde vorgeworfen, mit ihrem geplanten Gutachten rund um wirtschaftliche Alternativen zur Pipeline den Start der fast fertiggestellten Röhre weiter zu behindern – zu Lasten des Chemiestandorts NRW. Durch die Pipeline will der Bayer-Konzern Kohlenstoffmonoxid von Dormagen nach Krefeld transportieren. Die Inbetriebnahme konnten Kläger bislang allerdings erfolgreich verhindern. Derzeit läuft ein von der Bezirksregierung wegen Baumängel gefordertes Planänderungsverfahren.

Die Chemieindustrie sei eine Schlüsselindustrie für NRW, betonte **Dietmar Brockes**, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP. Vor sechs Jahren habe der Landtag daher einstimmig das Rohrleitungsgesetz als Grundlage für die CO-Pipeline beschlossen, erinnerte der Abgeordnete: „Weil wir alle die wirtschaftliche Notwendigkeit dieses Projektes gesehen haben.“ Ohne Frage müsse Bayer die bei der Umsetzung entstandenen Mängel beheben – die Sicherheit der Menschen habe oberste Priorität. Doch das nun von der Regierung geplante „Verhinderungsgutachten“ torpediere das gesamte Projekt. Es könne nicht Aufgabe von Politik sein, wirtschaftliche Entscheidungen für Unternehmen zu treffen.

Auch die SPD habe immer betont, dass die Bayer-Pipeline wichtig sei für den Industriestandort NRW, sagte **Rainer Schmeltzer** (SPD). Es sei dabei aber stets klar gewesen, dass die Sicherheit der Menschen vorgehe. Deren Kritik und Sorgen hätten CDU und FDP in ihrer schwarz-gelben Regierungszeit jedoch nicht ernstgenommen. „Bayer machte peinliche und schlimme Fehler bei der Prüfung und Planung“, betonte Schmeltzer. Flyerdrucken reiche eben nicht aus. Die rot-

grüne Koalition habe sich verpflichtet, Transparenz zu schaffen. „Dazu soll dieses Gutachten auch dienen.“ In diesem Zusammenhang werde die Regierung zudem prüfen, ob es mögliche Alternativen zur CO-Pipeline gebe.

Rot-Grün halte sich selbst zugute, vorsorgende Sozialpolitik zu machen, stellte **Hendrik Wüst** (CDU) fest. „Die beste vorsorgende Sozialpolitik ist allerdings eine vernünftige Wirtschaftspolitik.“ In NRW heiße das: Industriepolitik. Auch Wüst betonte, beim Rohrleitungsgesetz seien sich alle Fraktionen einig gewesen. „Das ‚Aber‘ kam erst, als der Protest aufkam.“ Seiner Meinung nach muss Politik aufhören, immer wieder neuen Sand ins Getriebe zu streuen, wenn der rechtliche Rahmen und die Situation vor Ort übereinstimmen. Genau das tue aber die Regierung mit ihrem neuen Gutachten. „Wo kommen wir denn da hin, wenn wir jetzt Firmen vorrechnen, ob sich das, was sie tun, lohnt?“

Verlässliche Bedingungen für den Industriestandort NRW seien in der Tat wichtig, bestätigte **Hans Christian Markert** (GRÜNE). Es müsse aber immer vermieden werden, dass Chemikalien Mensch

und Umwelt gefährdeten. Er forderte daher eine nachhaltige Chemieindustrie für NRW, die „Aktion statt Reaktion“ großschreibe. Markert bezweifelte allerdings, dass Bayer dieses Prinzip beherzige. Seine Fraktion habe von Anfang an dafür plädiert, in Krefeld die CO-Produktion zu erhöhen, und das Gas nicht erst von Dormagen dorthin zu leiten. „Es ist jetzt absolut notwendig, richtig und auch konsequent, dass unser Umweltminister nun eine umfassende Begutachtung in Auftrag gegeben hat.“

Seine Fraktion entscheide sich nicht für ein Pro oder Contra zur CO-Pipeline, machte **Joachim Paul** (PIRATEN) deutlich. Stattdessen forderte er transparentere Verfahren und insgesamt eine stärkere Bürgerbeteiligung. Damit folge er dem Positionspapier, das der Landesparteitag der PIRATEN im April zur CO-Pipeline verabschiedet habe. Beim geplanten Gutachten signalisierte Paul Unterstützung: „Es ist noch etwas Zeit.“ Der Bayerkonzern selbst habe noch drei Gutachten zur Erdbbensicherheit angekündigt – derzeit lägen erst zwei vor. Zudem stehe im kommenden Jahr noch eine Verhandlung am Oberverwaltungsgericht aus. Paul: „Man muss in dem Moment nicht so eine Welle machen.“

In der Chemieindustrie in NRW arbeiteten 100.000 Menschen in rund 1.000 Betrieben, unterstrich **Wirtschaftsminister Garrett Duin** (SPD) deren Bedeutung. Von der Grundstoffchemie bis zum Spezialprodukt sei alles vorhanden: „Das ist es, woran wir festhalten wollen: Dass wir die gesamte Wertschöpfungskette hier im Land behalten“, betonte der neue Minister. Deshalb sei es erstens wichtig, in die Infrastruktur zu investieren, so etwa die CO-Pipeline. „Der zweite Punkt ist aber, dass wir ein gesellschaftliches Klima brauchen, in dem Akzeptanz wachsen kann“, machte Duin klar. Dazu diene auch das angekündigte Gutachten. Eine Augen-zu-und-durch-Strategie sei fehl am Platz. bra

Neue Besetzung am Verfassungsgerichtshof



Eine Vereidigung jagt die nächste: Neben der Ministerpräsidentin und ihrer Ministerriege hat Landtagspräsidentin **Carina Gödecke** (Foto, 3.v.l.) im Juni-Plenum auch die neuen nordrhein-westfälischen Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter samt zweiköpfiger Stellvertretung vereidigt. Zuvor hat das Parlament die sechs vorgeschlagenen Namen in geheimer Wahl bestätigt. Von den 230 gültigen Stimmen, entfielen 199 auf Ja und 19 auf Nein. Zwölf Abgeordnete enthielten sich. Das Foto zeigt die beinahe vollständige neue richterliche Besetzung am Verfassungsgerichtshof – Prof. Dr. Wolfgang Löwer, nicht anwesend, wird zu einem späteren Zeitpunkt vereidigt. (v. l.): Prof. Dr. Christian Hillgruber, Dr. Andreas Heusch, Dr. Claudio Nedden-Boeger sowie Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb und Prof. Dr. Joachim Wieland. Der Verfassungsgerichtshof in Münster ist das oberste Gericht des Landes NRW. Der Landtag wählt die Mitglieder jeweils für einen Zeitraum von sechs Jahren.

Foto: Schälte

Die neuen Arbeitsstrukturen

Rot-grüne Landesregierung – neue Ausschüsse eingesetzt

21. Juni 2012 – Mit Eidesformel und Handschlag hat Landtagspräsidentin Carina Gödecke die Ministerinnen und Minister der 16. Legislaturperiode Mitte Juni in ihr Amt eingeführt. Krafts Kabinett umfasst zehn bekannte, aber auch zwei neue Gesichter: Wirtschaftsminister Garrelt Duin (Foto, 5.v.l.) und Verkehrsminister Michael Groschek (l.v.r.). Den Fachressorts stehen auf Parlamentsseite die Fachausschüsse gegenüber. Hier beraten die Abgeordneten zum Beispiel detailliert Gesetzesvorlagen, teils auch zusammen mit externen Fachleuten.

Die Landesregierung

Hannelore Kraft	Ministerpräsidentin
Sylvia Löhrmann	Ministerin für Schule und Weiterbildung, Stellvertretende Ministerpräsidentin
Dr. Norbert Walter-Borjans	Finanzminister
Garrelt Duin	Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk
Ralf Jäger	Minister für Inneres und Kommunales
Guntram Schneider	Minister für Arbeit, Integration und Soziales
Thomas Kutschaty	Justizminister
Johannes Remmel	Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
Michael Groschek	Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
Svenja Schulze	Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Ute Schäfer	Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
Barbara Steffens	Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Dr. Angelica Schwall-Düren	Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien im Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin

Die Ausschüsse des Landtags

Der Landtag setzte in seiner vierten Plenarsitzung insgesamt 19 Ausschüsse ein.

Ausschüsse mit 25 Mitgliedern
(SPD 11, CDU 7, GRÜNE 3, FDP 2, PIRATEN 2):

- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit
- Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
- Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend
- Hauptausschuss
- Haushalts- und Finanzausschuss
- Innenausschuss
- Ausschuss für Kommunalpolitik
- Petitionsausschuss
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung
- Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

- Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Ausschüsse mit 22 Mitgliedern
(SPD 9, CDU 6, GRÜNE 3, FDP 2, PIRATEN 2):

- Ausschuss für Europa und Eine Welt
- Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung
- Ausschuss für Kultur und Medien
- Rechtsausschuss
- Sportausschuss

Ausschüsse mit 16 Mitgliedern
(SPD 7, CDU 5, GRÜNE 2, FDP 1, PIRATEN 1):

- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation
- Ausschuss für Haushaltskontrolle
- Integrationsausschuss

Folgende Ausschüsse haben Unterausschüsse mit jeweils 12 Mitgliedern:

- Haushalts- und Finanzausschuss
 - Unterausschuss Personal
 - Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen
- Rechtsausschuss
 - Vollzugskommission im Rechtsausschuss
- Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk
 - Unterausschuss Bergbausicherheit

Eine detaillierte Übersicht der Ausschüsse, ihrer Vorsitzenden und Mitglieder finden Sie in der kommenden Ausgabe von Landtag Intern.

Wer soll das bezahlen?

Abwicklung der WestLB lässt Landtag nicht los

21. Juni 2012 – Das Ende der WestLB kostet das Land Nordrhein-Westfalen mindestens 1 Milliarde Euro. Wie es dazu kommen konnte, ob es noch mehr werden und ob alternative Lösungswege preiswerter gewesen wären – alles Themen der aktuellen politischen Diskussion. Die 16. Legislaturperiode beginnt da, wo die letzte aufgehört hat: mit einer Debatte über Haushalt und Finanzen.

Es gehe nicht um Profitinteressen von Privatbanken, sondern darum, weiteren Schaden vom Land abzuwenden, betonte **Stefan Zimkeit** (SPD). Klar sei: Der Einsatz der hierfür benötigten Steuergelder löse keine Begeisterung aus. Allerdings hätte dieser Betrag schnell auf einen zweistelligen Milliardenbetrag anwachsen können. Vor diesem Hintergrund habe die Anhörung gezeigt, dass der vorliegende Gesetzentwurf die am wenigsten schlechte Lösung für alle Beteiligten sei. Er sichere eine geordnete Abwicklung der WestLB ebenso wie einen fairen Lastenausgleich zwischen Land und Sparkassen.

„Wir reden heute über die Abwicklung der WestLB, die in der Geschichte einstmals das fünftgrößte deutsche Geldinstitut gewesen ist“, erläuterte **Daniel Sieveke** (CDU). Er betonte, diese Bank sei untrennbar mit der SPD in NRW verbunden, die heutigen Lasten deren Erbe. Durch die 1 Milliarde Euro steige die Neuverschuldung des Landes gegenüber dem Vorjahr um fast zwei Drittel. Es sei unklar, wie aktuelle und mögliche weitere Lasten der WestLB-Restrukturierung im Haushalt aufgefangen werden könnten. Das sei unverantwortlich. Daher werde die CDU dem Gesetzentwurf auch nicht zustimmen.

Die WestLB werde deutlich günstiger abgewickelt, als es bei allen Alternativen möglich gewesen wäre, hielt **Mehrdad Mostofizadeh** (GRÜNE) seinem Vorredner entgegen. Darüber hinaus habe auch die Bundesregierung einen fairen Interessenausgleich aller an diesem Prozess Beteiligten bescheinigt. Die CDU in NRW stehe allein mit ihrer Meinung da, dass es sich hier um ein schlechtes Geschäft für Nordrhein-Westfalen handele. Außerdem habe die Oppositionsfraktion für die 1 Milliarde Euro und möglichen weiteren Milliarden keine Finanzierungsalternativen auf den Tisch gelegt.

„Die Sparkassen begehen Unfallflucht, und Sie, Herr Finanzminister, bestätigen sich als Fluchthelfer.“ **Ralf Witzel** (FDP) erinnerte daran, dass seine Fraktion seit dem Jahr 2001 für den Verkauf der WestLB geworben habe. Dies hätten damals alle anderen Fraktionen abgelehnt. Nun habe das Land für die bekannten sowie für die noch unbekannteren Risiken der von der WestLB verbleibenden Portigon AG. An diesen möglichen Verlusten beteiligten sich die Sparkassen nicht. „Der nordrhein-westfälische Steuerzahler ist erneut der Dumme“, so Witzel. Hierbei werde die FDP nicht mitmachen.

„Niemand kennt die Haftungsrisiken, die mit diesem Gesetz verbunden sind, weder vom Grundsatz noch vom Umfang her“, meinte **Dietmar Schulz** (PIRATEN). Noch zwei Tage vor der Plenarsitzung habe die SPD Änderungsanträge eingereicht, die die Grundfesten des Vertrags betroffen hätten. Verträge mit möglichen Käufern von Teilen der WestLB gäbe es nicht, wie viele der verbliebenen Wertpapiere zu welchem Preis verkauft werden könnten, sei unklar, und auch die Beschäftigten hätten der jetzigen Lösung noch nicht zugestimmt. Von daher könne auch er das Gesetz jetzt nicht befürworten.

Der eingeschlagene Weg, die WestLB vom Markt zu nehmen, sei ohne Alternative, so **Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD). Er verteidigte, dass die 1 Milliarde Euro nicht in den Landeshaushalt 2012 eingestellt wurde. Nur so

habe er mit dem Bund darüber verhandeln können, wie der Betrag aufzubringen sei. Als Ergebnis stehe das Land zwar für 1 Milliarde Euro ein, der Bund beteilige sich aber mit 330 Millionen Euro in Form eines an den Verlusten teilnehmenden Kredits. Die vom Vorredner kritisierte Änderungsanträge bedeuten lediglich, dass eine Garantie in ein Darlehen umgewandelt worden sei. *cw*

Sachverständige begrüßen WestLB-Gesetz

„Im Großen und Ganzen“ einverstanden waren die Sachverständigen in einer Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses am 14. Juni mit dem vorliegenden Gesetz zur Restrukturierung der WestLB. Mit Blick auf die bisherigen Eigentümer der Bank gehe es darum, die Lasten so zu verteilen, „dass am Ende des Tages alle gleichviel jammerten“. Dies erklärten jedenfalls einvernehmlich Vertreter der Sparkassen wie auch der Ersten Abwicklungsanstalt EAA. In diese Anstalt werden seit 2009 risikobehaftete Papiere der WestLB ausgelagert, damit diese bis 2027 mit so wenig Verlust wie möglich veräußert werden können. Die Sachverständigen mussten allerdings einräumen, dass das beschriebene Szenario auf bestimmten Basisannahmen beruht. Für den Fall, dass sich Rahmenbedingungen änderten – wie zum Beispiel aufgrund von Turbulenzen im Euro-Raum – müsste es bestimmte Stressszenarien geben. Diese wurden allerdings bislang noch nicht beziffert.



Josef Hovenjürgen (CDU) am Rednerpult und Umweltminister Johannes Remmel (GRÜNE)

Henning Höne (FDP)

Hans Christian Markert (GRÜNE)

Rainer Schmeltzer (SPD)

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)

Fotos: Schälte

Streit um Kanal-TÜV geht weiter

CDU und FDP fordern bei Dichtheitsprüfung erneut Umkehr der Beweislast

21. Juni 2012 – Nach der vorgezogenen Landtagswahl geht die Debatte um den Kanal-TÜV in die nächste Runde. CDU- und FDP-Fraktion haben ihren Gesetzentwurf von Ende der vergangenen Legislaturperiode erneut ins Plenum eingebracht. Darin fordern sie die Umkehr der Beweislast zugunsten von Hausbesitzern (Drs. 16/45). Auch die rot-grüne Landesregierung hat die Dichtheitsprüfung wieder aufgegriffen: Im Koalitionsvertrag kündigt sie Änderungen an.

„Wir sind das letzte Flächenland in Deutschland, das an einer landesweit verpflichtenden Dichtheitsprüfung mit starren Fristen festhält“, kritisierte Henning Höne (FDP). Aktuell müssen Hauseigentümer nach dem nordrhein-westfälischen Landeswassergesetz bestehende Abwasserkanäle spätestens bis Ende 2015 bzw. einem von ihrer Kommune festgelegten Termin auf Lecks überprüfen – unabhängig davon, ob ein Schadensverdacht vorliegt oder nicht. Das akzeptierten die Menschen im Land nicht, verwies Höne auf mehrere Bürgerinitiativen.

In ihrem Gesetzentwurf fordern CDU und FDP daher die Umkehr der Beweislast. Heißt: nur bei Neubauten, größeren Umbauten und Verdachtsfällen prüfen. Alles andere belaste die Betroffenen laut Höne finanziell enorm, nutze der Umwelt aber nicht spürbar: „Der drohende ökonomische Aufwand für den einzelnen Hausbesitzer steht in absolut keinem Verhältnis zum ökologischen Nutzen.“

Tragfähige Hinweise für Grundwasserprobleme fehlten, monierte auch Josef Hovenjürgen (CDU). Die von der rot-grünen Landesregierung in der letzten Wahlperiode angeführte Argumentation sei damit unhaltbar. Das sei mitnichten der Fall, setzte der GRÜNEN-Politiker Hans Christian Markert entgegen. Neue Daten des Landesumweltamtes zeigten, dass sehr wohl eine Gefahr fürs Grundwasser bestehe.

CDU und FDP hatten ihren Gesetzentwurf erstmals vor der Neuwahl vorgelegt – mit der Begründung, Rot-Grün habe einen gemeinsamen Beschluss von SPD-, GRÜNEN- und CDU-Fraktion nur mangelhaft umgesetzt, erinnerte Hovenjürgen. „Es wurde noch einmal nachgebessert, aber auch diese Nachbesserung blieb unzureichend.“ Nun gehe es darum, schnellstmöglich Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.

Dieser Vorwurf sei nicht korrekt, wehrte Rainer Schmeltzer (SPD) ab. Auch Markert betonte: „Es waren Ihre Pirouetten von CDU und FDP, die zur Verunsicherung im Land geführt haben.“

Alles in allem laufe die Umsetzung des Gesetzes gut, so Schmeltzer. Wo Menschen verunsichert seien, werde Rot-Grün Gespräche führen und sozialverträgliche Lösungen erarbeiten. Insgesamt hielt Markert aber fest: „Wir bekennen uns aus wasserrechtlichen, baulichen und ökologischen Gründen ausdrücklich zur Notwendigkeit einer Kanalfunktionsprüfung.“

Gleichzeitig erteilte der Grüne der im schwarz-gelben Gesetzentwurf vorgeschlagenen Beweislast-Umkehr eine Absage: „Warten wir bei diesem Thema tatsächlich in Zukunft immer ab, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist?“ Umweltminister Johannes Remmel verwies zudem auf die lange und komplizierte Rechtsgeschichte der Dichtheitsprüfung: „Da machen Sie es sich zu einfach, allein sozusagen rechts umzukehren und auf Verdacht zu begründen.“ Insgesamt plädierte er für eine bundeseinheitliche Regelung.

Auch Schmeltzer kritisierte, CDU und FDP verließen mit ihrem Ansatz den Vorsorge- und Besorgnisgrundsatz. Ähnlich wie bei Heizungen, Kaminen und Autos reiche es ihm auch beim Abwasser nicht aus, nur bei Neubauten oder begründetem Verdacht zu prüfen. „Das ist der Grundsatz, der an der Stelle im Wasserhaltungsgesetz des Bundes verankert ist“, stimmte Umweltminister Remmel zu. Zudem hat sich der Kanal-Check laut Schmeltzer angesichts vieler kaputter Rohre mittlerweile als deutlich dringlicher, aber auch kostengünstiger entpuppt, als es CDU und FDP darstellten. „80 Prozent der Abwasserkanäle sind in einem sanierungsbedürftigen Zustand“, unterstrich Markert.

Solche Zahlen seien lediglich wilde Behauptungen, bemängelte Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN). Ähnlich wie CDU und FDP forderte er daher wissenschaftliche Nachweise dafür, welche Gefahr tatsächlich von undichten Abwasserkanälen ausgehe. „Wir wollen keinen Generalverdacht“, betonte der Pirat.

Die aktuelle Regelung bewertete er als höchst bedenklich: „Sie ist volkswirtschaftlich untragbar, sie ist in manchen Fällen existenzgefährdend für die Hausbesitzer, für die Bürger, und sie ist rechtlich bedenklich, möglicherweise verfassungswidrig.“ Falls sich daran nichts ändere, behalte sich seine Fraktion vor, das Gesetz gerichtlich prüfen zu lassen. In diesem Zusammenhang kündigte Umweltminister Remmel ein rechtliches Gutachten seitens der Landesregierung an: „Diese gutachterliche Stellungnahme ist fremd vergeben worden und wird in Kürze dem Landtag zugestellt.“

bra

Aus den Fraktionen

SPD-Landtagsfraktion wählt neue Führung

Nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen und wenige Tage nach der Regierungsbildung hat die SPD-Landtagsfraktion vergangene Woche einen neuen Vorstand gewählt. Mit einer sowohl alters- als auch regional gut gemischten Führungsmannschaft gehen die Sozialdemokraten in die neue Legislaturperiode.

Mit großer Mehrheit wurde Norbert Römer als Vorsitzender der größten Landtagsfraktion bestätigt. Der 65-Jährige, mit dem Wahlkreis Soest, erhielt 93 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Römer, gelernter Journalist, ist seit 2005 Mitglied des Landtages und übernahm den Vorsitz der SPD-Fraktion 2010 als Nachfolger von Hannelore Kraft.

Marc Herter, 38 Jahre, bleibt parlamentarischer Geschäftsführer der Sozialdemokraten im

Landtag. Der Abgeordnete aus Hamm gehört dem Parlament seit 2010 an.

Mit 99 Mitgliedern ist die neue SPD-Landtagsfraktion deutlich größer als die vorherige (67). Um dem Rechnung zu tragen und gleichzeitig die Fraktionsarbeit in den zentralen Themenfeldern der

Landespolitik noch effektiver zu organisieren, wurde der Fraktionsvorstand von bisher vier auf nun sieben stellvertretende Vorsitzende erweitert. Das sind Britta Altenkamp, 47 Jahre aus Essen, Inge Howe, 60, aus Minden, Hans-Willi Körfges, 58, aus Mönchengladbach, Nadja



Lüders, 41, Dortmund, Jochen Ott, 38, Köln, Rainer Schmeltzer, 51, Lünen, und Eva-Maria Voigt-Küppers, 54, Alsdorf.



Selbst-Disqualifikation: Grüne wollen Rotstift bei der Polizei ansetzen

Mit der Ankündigung der grünen Vize-Ministerpräsidentin Löhrmann, künftig bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen Stellen einsparen zu wollen, haben die Grünen Frau Krafts Polizei-pläne zerschossen, noch bevor die Tinte des rot-grünen Koalitionsvertrags getrocknet war. Frau Löhrmann hatte in einem Zeitungsinterview Mitte Juni nochmals bekräftigt, dass die Grünen an ihrer Absicht festhalten wollen, Stellen im Polizeidienst einzusparen. Damit düpiert Frau Löhrmann SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die sowohl im Wahlkampf als auch bei der Vorstellung des rot-grünen Koalitionsvertrags dem Grünen-Wunsch nach Stellenstreichungen bei der Polizei eine klare Absage erteilt hatte. Löhrmanns Parteikollege, der Grünen-Fraktionsvorsitzende Rainer Priggen, hatte bereits vor der Landtagswahl die Streichung von 2.000 Stellen

im Polizeidienst ins Gespräch gebracht und dafür viel Kritik geerntet.

Traurige Wahrheit ist, dass die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen unter rot-grüner Regierungsverantwortung deutlich zugenom-



Foto: Zierhut

men hat. Während die Zahl der Straftaten im Jahr 2011 bundesweit um ein Prozent gestiegen war, betrug der Anstieg in Nordrhein-Westfalen ganze 4,8 Prozent. Der Kriminalitätszuwachs in Nordrhein-Westfalen war also fast fünfmal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig wurde in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr weniger als jede zweite Straftat aufgeklärt. Wer in dieser Situation den Rotstift bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen ansetzen will, disqualifiziert sich in Fragen der inneren Sicherheit selbst. Es ist jetzt an Frau Kraft zu beweisen, wer in dieser Koalition Koch und wer Kellner ist. ■



Ein klares Nein zum Betreuungsgeld



Nach der Sommerpause soll der Bundestag nun doch über das stark umstrittene Betreuungsgeld abstimmen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung will damit nach jahrelangem Ringen ihren internen Streit beilegen und sich – auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen – dem Diktat aus Bayern beugen. Dort ist 2013 Landtagswahl. Grüne und SPD in Nordrhein-Westfalen lehnen

die Einführung strikt ab – so ist es im Koalitionsvertrag vereinbart und wird mit einem Antrag bekräftigt.

Die Gründe liegen auf der Hand: Das Geld soll einen Ausgleich dafür schaffen, dass ein Kind keinen Platz in einer öffentlichen Tageseinrichtung in Anspruch nimmt. Es schafft also einen Anreiz, Kinder zu Hause durch einen Elternteil zu betreuen. Vielen Kindern würde damit ein umfassendes Sozial- und Bildungsangebot vorenthalten. Unter anderem deshalb wird das Betreuungsgeld auch von der OECD kritisiert. In Ländern wie Schweden oder Norwegen, die es eingeführt haben, ist die Fortführung ungewiss.

Ein gewichtiger weiterer Grund für die Ablehnung: Eltern, die Sozialleistungen beziehen, bekommen das Betreuungsgeld mit diesen verrech-

net. Es kommt also vor allem Eltern zugute, die es eigentlich nicht nötig haben. Auch Verfassungsrechtler haben Bedenken, da das Gesetz nicht im Einklang stehe mit dem Verfassungsauftrag zur Förderung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Und nicht zuletzt sprechen haushaltspolitische Gründe gegen das Betreuungsgeld. Auf dem langen Weg zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gibt es auf absehbare Zeit keinen Spielraum für zusätzliche Aufgaben, die jährlich bis zu 2 Milliarden Euro kosten können und deren Sinn derart zweifelhaft ist. ■



FDP-Fraktion feiert traditionelles Sommerfest

Mehr als 500 Gäste haben mit der FDP-Landtagsfraktion das traditionelle Sommerfest im Landtag gefeiert. „Die FDP wird in der Opposition nicht nur ‚nein‘, ‚falsch‘, ‚mehr‘ rufen. Wir werden sagen, wie bessere Politik für NRW gemacht werden kann“, sagte Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Fraktion. Zu den Gästen zählten Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann, Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr, der Generalsekretär der FDP-NRW Marco Buschmann, Landtagsvizepräsident Daniel Düngel, Abgeordnete der anderen Fraktionen sowie zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft und Verbänden.

Das wichtigste Thema für die FDP sei, den Staat aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte zu befreien. „Das ist nicht nur eine Frage der öko-

nomischen Vernunft, sondern auch der Generationengerechtigkeit“, sagte Lindner. Er forderte ein Umdenken: „Die Einnahmen des Staates sind nicht zu niedrig. Das Problem ist, dass die Ansprüche an den Staat zu hoch sind.“ Eine zweite große Herausforderung, insbesondere für das Industrieland NRW, sei die Realisierung der Energiewende. In den nächsten fünf Jahren werde die FDP-Fraktion mit ihren 22 Abgeordneten, von denen elf erstmals dem Landtag angehören, ihre Ideen für NRW einbringen. Dazu zähle eine gerechte Bildungspolitik mit fairen Bedingungen für Gymnasien. ■



Piraten wählen Fraktionsvorstand

Zum Fraktionsvorsitzenden wurde der 54-jährige Dr. Joachim Paul (Foto r.) gewählt. Paul war schon von der Parteiliste auf den ersten Platz der Landesliste gewählt worden, nun schenken ihm auch die 20 Piraten der Fraktion das



Vertrauen. Sein Betätigungsfeld im Landtag wird der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung sein. Der promovierte Biophysiker war vor seinem Mandat als Medienpädagoge tätig, ist verheiratet und hat einen Sohn.

Zu seinen Stellvertretern wurde die 44-jährige Bochumerin Simone Brand (Foto 2.v.l.) und der 29-jährige Neusser Lukas Lamla gewählt. Brands Schwerpunkt ist der Verbraucherschutz. Lamla wird sich in den Ausschüssen Kultur und Medien sowie Sport einbringen.

Parlamentarische Geschäftsführerin der Piratenfraktion ist die 48-jährige Monika Pieper (Foto 2.v.r.). Ihre Schwerpunkte bringt sie im Ausschuss für Schule und Weiterbildung ein, dort ist sie ordentliches Mitglied. Als stellvertre-

tendes Mitglied ist sie zudem in den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie im Ausschuss für Kommunalpolitik. Pieper ist verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne.

Stellvertreter von Pieper ist der Ratinger Frank Herrmann (Foto l.). Herrmann ist im Ausschuss für Kommunalpolitik und im Innenausschuss als ordentliches Mitglied vertreten. Vor seinem Mandat war Herrmann Filmtechnikberater. Er ist 51 Jahre alt und ledig.

Die Fraktion ist zu erreichen per E-Mail unter 20piraten@piratenfraktion-nrw.de oder per Twitter unter [@20Piraten](https://twitter.com/20Piraten). ■



Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
16/128	Gesetz zur Regelung des Kostenausgleichs für Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe, LR	Vorschlag: Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	1. Lesung 5.7.2012
16/127	Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen, LR	Vorschlag: Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	1. Lesung 5.7.2012
16/126	Gesetz zur Förderung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen, LR	Vorschlag: Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	1. Lesung 5.7.2012
16/119	Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Bürgerbeteiligung), PIRATEN	Vorschlag: Hauptausschuss	1. Lesung 5.7.2012
16/125	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen, LR	Vorschlag: Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	1. Lesung 4.7.2012
16/120	Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes, PIRATEN	Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 4.7.2012
16/58	Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW sowie zur Anpassung des Landeszustellungsgesetzes an das De-Mail-Gesetz, LR	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 5.7.2012

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
16/57	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen, LR	Vorschlag: Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	1. Lesung 5.7.2012
16/48	Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes und zur Änderung weiterer kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften, SPD, GRÜNE, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 21.6.2012
16/47	Erstes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen, SPD, GRÜNE, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 21.6.2012
16/46	Gesetz über die Genehmigung der Kreisumlage und anderer Umlagen, SPD, GRÜNE, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 21.6.2012
16/45	Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, CDU, FDP	Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	1. Lesung 21.6.2012
16/41	Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen, LR	Hauptausschuss	1. Lesung 21.6.2012 2. Lesung 4.7.2012
16/17	Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland, LR	Hauptausschuss	1. Lesung 21.6.2012, Anhörung 6.9.2012

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum vom 20/21. Juni 2012 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/16	Gesetz zur Restrukturierung der WestLB AG	Landesregierung	1. Lesung 5.6.2012 2. Lesung 21.6.2012	angenommen
16/15	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hilfen für Blinde und Gehörlose	Landesregierung	1. Lesung 5.6.2012 2. Lesung 21.6.2012	angenommen
16/14	Gesetz zum Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder (GKL-StV)	Landesregierung	1. Lesung 5.6.2012 2. Lesung 21.6.2012	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de weitere ausführlichere Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Portrait: Landtagspräsidentin Carina Gödecke (SPD)



Das Büro neben dem Plenarsaal ist größer als manche Zwei-Zimmer-Wohnung in ihrer Heimatstadt Bochum, von der Fensterflucht hat man einen schönen Blick auf den träge vorbeifließenden Rhein. Manchmal kann es Carina Gödecke, die neue Landtagspräsidentin, noch nicht wirklich fassen, dass sie, Tochter einer Arbeiterfamilie aus dem Ruhrgebiet, jetzt hier ihren Arbeitsplatz hat, dass sie zur obersten Repräsentantin von 237 Abgeordneten gewählt ist, zur Vorgesetzten von rund 300 Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, dass die Ministerpräsidentin und deren Kabinettsmitglieder vor ihr den Eid auf die Verfassung ablegen mussten.

„Ich bin nicht mehr nur Carina Gödecke, 53 Jahre alt und Großmutter von fünf Enkelkindern“, sagt sie dann, um sich selbst ihrer Rolle immer wieder zu vergewissern, „ich bin zu einer Institution geworden.“

Mehr Veränderung will sie allerdings nicht zulassen, die Menschen sollen sie so erleben, wie sie ihnen im Wahlkampf begegnet, offen, unkompliziert, ohne Allüren. In vielen Punkten weist ihre Laufbahn verblüffende Parallelen mit dem Werdegang von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft auf, der Tochter einer Straßenbahnerfamilie aus dem wenige Kilometer entfernten Mülheim/Ruhr. Gödecke spricht, obwohl in Hessen geboren, die Sprache des Ruhrgebiets. Sie ist nicht eitel und statusbewusst, sie muss nicht in der ersten Reihe sitzen, obwohl ihr oft gar nichts anderes übrig bleibt. Sie macht, wie sie es selbst in der Sprache ihrer Heimat ausdrückt, „kein Gedöns“. Dabei kommt ihr ihre Herkunft aus einer durch und durch sozialdemokratisch geprägten Familie zugute. Der Vater, ein Opel-Arbeiter, hatte schon in ihrer Geburtsstadt Groß-Gerau für die SPD im Rat gesessen, die Mutter war in der IG Metall engagiert. Nach dem Umzug nach Bochum Anfang der 1960er-Jahre, wo Vater Gödecke das neue Opel-Werk mit aufbaute, wurden beide Elternteile in den Rat der Ruhrstadt gewählt. Tochter

Carina war das erste Familienmitglied, das ein Gymnasium besuchen konnte, eine Art Lyzeum für die höheren Töchter der Stadt. Das war für das Arbeiterkind nicht immer ganz einfach: „Ich wurde nicht mit der Bratsche in der Hand geboren. Bei uns wurde ‚Brüder, zur Sonne, zur Freiheit‘ gesungen.“

Doch das zierliche blonde Mädchen biss sich durch, wie sie überhaupt zu ihren wichtigsten Eigenschaften „Steherqualitäten“ zählt. Es blieb nicht aus, dass sie schon früh im Elternhaus mit praktischer Politkarriere konfrontiert wurde, da wurde am Esstisch über Kommunalpolitik und den nächsten Wahlkampf diskutiert, da halfen die Kinder auch mal mit und steckten Flugblätter der SPD in die Briefkästen in ihrem Viertel. Als junges Mädchen stand für Carina Gödecke fest, dass sie selbst nie in eine Partei eintreten würde, „die nimmt einem ja die Eltern weg“, klagte sie bei ihren Freundinnen. Doch mit 16 hatte sie sich anders entschieden, da wollte sie ein eigenes Parteibuch. Ihr Vater stimmte zu, allerdings nur unter der Bedingung, dass die Schule absoluten Vorrang hat. „Erst machst du das Abitur, bevor du eine Funktion übernimmst“, gab er seiner Tochter mit auf den Weg.

ZUR RECHTEN ZEIT AM RECHTEN ORT

Carina Gödecke hielt sich dran und absolvierte nach und nach die Ochsentour der Parteikarriere. Erst übernahm sie die Aufgaben, die niemand machen wollte, sie kassierte die Beiträge, sie führte in den Vorstandssitzungen Protokoll. Dann wurde sie erst zur stellvertretenden, dann zur Ortsvereinsvorsitzenden gewählt, 1989 – da war sie gerade 31 Jahre alt – als drittes Mitglied der Familie auch in den Rat der Stadt. Ihre Wahl in den Landtag verdankt sie der Neuordnung der kommunalen Führungsebene: Weil der damalige Bochumer Oberbürgermeister Ernst-Otto Stüber als Stadtoberhaupt nicht mehr dem Landtag angehören konnte, wurde ein Wahlkreis frei und Carina Gödecke konnte antreten.

Viele Zufälle hätten bei ihrer politischen Karriere eine Rolle gespielt, sie sei halt immer zur richtigen Zeit am richtigen Ort gewesen. Dass sie mit Kompetenz, Einsatz und Intelligenz auch meist das Richtige gemacht hat, verschweigt sie aus Bescheidenheit. Als sie nach ihrer Wiederwahl im Jahr 2000 beim damaligen Fraktionsvorsitzenden Edgar Moron vorstellig wurde und verlangte, jetzt müsse eine Frau aus dem Bezirk Westliches Westfalen auf einen Stellvertreterposten gewählt werden und die Parlamentarierinnen hätten sie vorgeschlagen, hatte sie keinen Erfolg. Moron hatte anderes mit

ihr im Sinn: Carina Gödecke wurde Parlamentarische Geschäftsführerin und blieb auf diesem Posten zehn Jahre – so lange wie niemand vorher und, wie sie glaubt, auch niemand nach ihr.

Nach den ersten Sitzungswochen als Landtagspräsidentin ist von Lampenfieber nichts mehr zu spüren. Souverän, freundlich, aber auch bestimmt, wies sie Kraft nach ihrer Wiederwahl zur Ministerpräsidentin darauf hin, dass es ihr selbstverständlich frei stünde, auf ihrem Abgeordnetenstuhl Platz zu nehmen, dass sie sich jetzt aber wieder in der Regierungsbank neben dem Präsidentenpodest niederlassen könne. Gödecke wirbt für ein selbstbewusstes Parlament und verweist auf zahlreiche Entscheidungen oberster Gerichte des Bundes und der Länder, die die Position von Bundestag und Landtagen gegenüber den jeweiligen Regierungen deutlich gestärkt haben. Als langjährige Gewerkschafterin hat sie dafür ein Beispiel aus der Arbeitswelt: So wie es für jede Unternehmensführung gut ist, wenn ihr ein starker Betriebsrat gegenübersteht, so ist es für jede Regierung gut, wenn sie ein starkes Parlament als Gegenüber hat.

Mit etwas mehr Freizeit, von denen sie nach den zehn arbeitsintensiven Jahren als Parlamentarische Geschäftsführerin geträumt hat, wird es in diesem Jahr wohl nichts mehr werden. Das sieht man, wie sie sorgenvoll gesteht, mittlerweile ihrem Garten an, den sie zwar sehr liebt, in dem es aber derzeit ganz schlimm aussieht. Vielleicht können dann die Enkelkinder – das älteste ist sieben – beim Unkraut jäten helfen.

Peter Jansen

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoreaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Marc Herter (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Lutz Lienenkämper (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Sigrüd Beer (GRÜNE), Parlamentarische Geschäftsführerin; Christof Rasche (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Monika Pieper (PIRATEN), Parlamentarische Geschäftsführerin; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Pressesprecherin; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Ingo Schneider (PIRATEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg
Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 1. Juli bis 11. September 2012

2.7. Schneider, Guntram (SPD)	61
5.7. von Grünberg, Bernhard (SPD)	67
5.7. Berghahn, Jürgen (SPD)	52
7.7. Dr. Seidl, Ruth (GRÜNE)	59
7.7. Güler, Serap (CDU)	32
11.7. Laumann, Karl-Josef (CDU)	55
12.7. Freimuth, Angela (FDP)	46
13.7. Haardt, Christian (CDU)	47
14.7. Dr. Adelmann, Roland (SPD)	42
16.7. Dr. Schwall-Düren, Angelica** (SPD)	64
16.7. Beu, Rolf (GRÜNE)	55
18.7. Schneider, René (SPD)	36
19.7. Wüst, Hendrik (CDU)	37
21.7. Steininger-Bludau, Eva (SPD)	61
21.7. Dr. Optendrenk, Marcus (CDU)	43
23.7. Müller, Holger (CDU)	65
23.7. Stotz, Marlies (SPD)	53
23.7. Abrusatz, Kai (FDP)	43
25.7. Scheffler, Michael (SPD)	58
26.7. Tüttenberg, Achim (SPD)	53
28.7. Hack, Ingrid (SPD)	48
29.7. Marquardt, Thomas (SPD)	55
30.7. Spiecker, Rainer (CDU)	51
1.8. Lück, Angela (SPD)	53
2.8. Gebauer, Yvonne (FDP)	46
3.8. Münstermann, Peter (SPD)	56
5.8. Kufen, Thomas (CDU)	39
9.8. Maaßen, Martina (GRÜNE)	49
10.8. Krüchel, Bernd (CDU)	48
17.8. Kopp-Herr, Regina (SPD)	55
18.8. Ruhkemper, Cornelia (SPD)	58
19.8. Dr. Paul, Joachim (PIRATEN)	55
21.8. Freifrau von Boeselager, Ilka (CDU)	68
21.8. Jostmeier, Werner (CDU)	62
23.8. Hausmann, Wilhelm (CDU)	42
24.8. Warden, Marion (SPD)	54
25.8. Schmitz, Ingola Stefanie (FDP)	50
27.8. Pieper, Monika (PIRATEN)	49
27.8. Vossemer, Klaus (CDU)	42
29.8. Doppmeier, Ursula (CDU)	60
1.9. Möbius, Christian (CDU)	46
2.9. Korte, Kirstin (CDU)	57
2.9. Dahm, Christian (SPD)	49
2.9. Schick, Thorsten (CDU)	41
3.9. Kerkhoff, Matthias (CDU)	33
4.9. Rohwedder, Hanns-Jörg (PIRATEN)	55
8.9. Alda, Ernst-Ulrich (FDP)	57
10.9. Moritz, Arne (CDU)	43
10.9. Rehbaum, Henning (CDU)	39

** Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

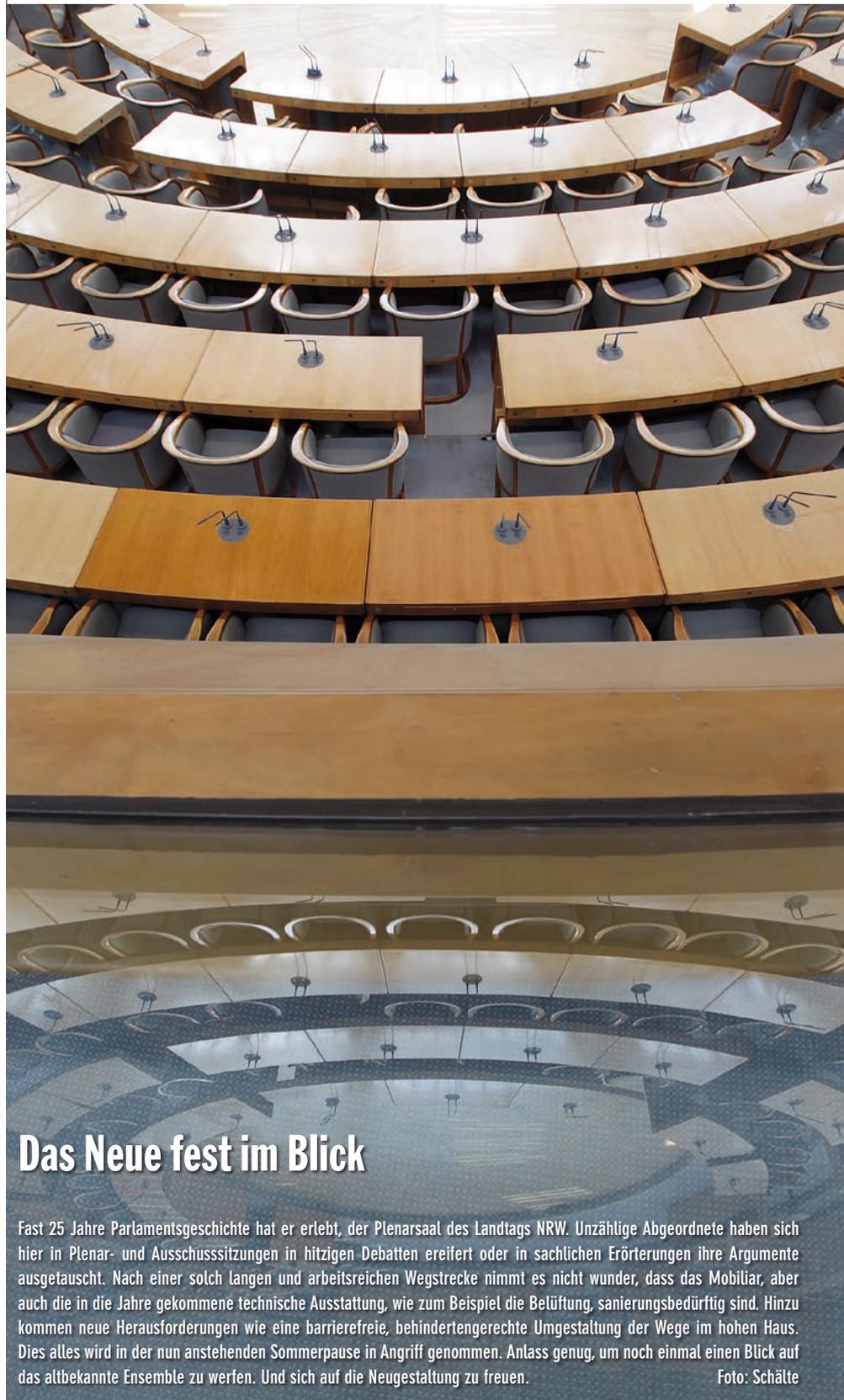
Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

9.7. Hüls, Otti (CDU)	70
10.7. Gebauer-Nehring, Gisela (SPD)	75
13.7. Brusis, Ilse (SPD)	75
18.7. Nowack, Kurt (SPD)	90
18.7. Faust, Herbert (CDU)	85
1.8. Werthmann, Ellen (SPD)	75
4.8. Brüning, Hannelore (CDU)	70
10.8. Mierbach, Irmgard (SPD)	70
16.8. Thielmann, Fritz-Otto	75
22.8. Dr. Pohlmeier, Heinrich (CDU)	90
1.9. Decking-Schwill, Brunhild (CDU)	75
3.9. Jung, Karin (SPD)	70
5.9. Robels-Fröhlich, Marlis (CDU)	75
8.9. Marin, Horst (SPD)	80

Verstorben

23.5.2012 Hans Wertz (SPD), MdL 1954–1966 sowie 1967–1975. Wertz war von 1966 bis 1975 Finanzminister und von 1976 bis 1990 Präsident der Landeszentralbank NRW.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Das Neue fest im Blick

Fast 25 Jahre Parlamentsgeschichte hat er erlebt, der Plenarsaal des Landtags NRW. Unzählige Abgeordnete haben sich hier in Plenar- und Ausschusssitzungen in hitzigen Debatten ereifert oder in sachlichen Erörterungen ihre Argumente ausgetauscht. Nach einer solch langen und arbeitsreichen Wegstrecke nimmt es nicht wunder, dass das Mobiliar, aber auch die in die Jahre gekommene technische Ausstattung, wie zum Beispiel die Belüftung, sanierungsbedürftig sind. Hinzu kommen neue Herausforderungen wie eine barrierefreie, behindertengerechte Umgestaltung der Wege im hohen Haus. Dies alles wird in der nun anstehenden Sommerpause in Angriff genommen. Anlass genug, um noch einmal einen Blick auf das altbekannte Ensemble zu werfen. Und sich auf die Neugestaltung zu freuen.

Foto: Schälte